

Debatte zur Europapolitik

Elementare deutsche Wirtschaftsinteressen müssen gewahrt werden

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs am 11. und 12. Dezember in Brüssel steht vor erheblichen Herausforderungen. Bei den erwarteten Beschlüssen zum Energie- und Klimapakett der Europäischen Union sowie zu wichtigen Wirtschafts- und Finanzfragen müssen elementare deutsche Interessen gewahrt werden. Deutschland ist der bedeutendste Wachstumsmotor und Industriestandort in Europa. Dies muss bei europäisch abgestimmten Maßnahmen gegen die konjunkturellen Folgen der Finanzkrise berücksichtigt werden.

Die ehrgeizigen europäischen Klimaschutzziele stehen in einem besonderen Spannungsfeld zu den gegenwärtigen Wirtschaftsproblemen. Deutschland ist europäischer Vorreiter beim Klimaschutz und hat bereits 2007 seine in Kyoto eingegangenen Verpflichtungen erfüllt. Statt 20% weniger CO₂ hat unser Land 21% Einsparungen erreicht. Auf dem Europäischen Rat gilt es jetzt, den Emissionshandel, das Herzstück des Europäischen Klima- und Energiepaketes, so auszugestalten, dass es zu einem gerechten Lastenausgleich kommt. Energieintensive Industrien müssen vom Zertifikate-Handel ausgenommen werden können. Wettbewerbsverzerrungen würden zu Industrieverlagerungen aus Deutschland und zu Schäden für das Klima führen. Denn fast nirgendwo wird so umweltfreundlich produziert wie in Deutschland.

Ein weiteres industriepolitisches Feld von elementarer Bedeutung ist die EU-Klimaschutzpolitik im Hinblick auf die Automobilindustrie. Der weltweite Konjunktureinbruch macht gerade den Automobilherstellern und -zulieferern erheblich zu schaffen. Noch sind die großen deutschen Hersteller aufgrund ihrer Kapitalkraft und der Möglichkeiten zum flexiblen Mitarbeiterinsatz in der Lage, die schmerzhaften Absatzrückgänge aufzufangen. Akut betroffen sind dagegen die ganz überwiegend mittelständisch geprägte Zulieferwirtschaft und die Automobilhändler.

Gerade für Deutschland ist die gesamte Automobilbranche eine Schlüsselbranche für Arbeitsplätze und Wohlstand. Deshalb müssen die CO₂-Minderungsziele bei Pkw auf EU-Ebene so gestaltet werden, dass keine Unternehmen und deren Arbeitsplätze gefährdet werden. Der gefundene Kompromissvorschlag, nach dem die umstrittenen CO₂-Grenzwerte für Autos statt 2012 nunmehr erst 2015 für alle Neuwagen eines Herstellers verbindlich gelten sollen, ist sicher ein Fortschritt.

Aber auch dieser Kompromiss geht an die Grenzen der Belastbarkeit der heimischen Automobilwirtschaft, die zu einem Gutteil Modelle der sog. Premiumklasse mit naturgemäß höheren CO₂-Emissionen produziert. Zugleich stehen deutsche Premium-Automobile aber auch für ökologisch relevante technische Innovationen. Alle, die ein Interesse an Klimaschutz und an Modernisierung in diesem Bereich haben, müssen deshalb Interesse daran haben, dass Technologieführerschaft nicht mutwillig beschädigt wird.

Von akuten Krisen bedrohten Schlüsselbranchen dürfen nicht noch zusätzliche Daumenschrauben angezogen werden. Denn was hilft es dem Klimaschutz, wenn die Automobilproduktion künftig aus Deutschland ins Ausland verlagert wird. Und dies auch noch unter Inkaufnahme des Verlusts klimaschutzrelevanter Produktionsstandards.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

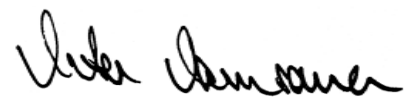
mit dem Impulsprogramm zur Stärkung von Investitionen und Beschäftigung sind erste rasch wirksame Maßnahmen gegen die sich abzeichnende konjunkturelle Schwächephase auf den Weg gebracht.



Das kann und wird aber noch nicht alles sein. Vorausschauende Politik heißt, nicht erst zu handeln, wenn die wirtschaftliche Entwicklung zum Stillstand gekommen ist. Deshalb halten wir steuerliche Entlastungen für untere und mittlere Einkommen weiter für richtig. Dauerhafte Steuerentlastungen schaffen Leistungs- und damit Wachstumsanreize, stärken die Binnennachfrage und sind der Garant für mehr Netto vom Brutto. Auch bei der CDU ist hierfür wachsende Aufgeschlossenheit erkennbar. Auf ihrem Parteitag hat sie sich eindeutig zu einer Steuerreform bekannt. Über den Zeitpunkt wird nunmehr zu beraten sein. Einzelne Elemente wären sofort umsetzbar. Etwa eine Erhöhung der Freibeträge zur angekündigten Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge.

Entscheidend wird sein, dass alle zu ergreifenden Maßnahmen gegen die drohende Rezession auf ihre Nachhaltigkeit überprüft werden. Die Idee, zur Belebung der Verbrauchernachfrage Konsumgutscheine auszugeben, mag auf den ersten Blick verheißungsvoll klingen. Die sich täglich anbietenden Vorschläge hierzu aus der SPD haben jedoch eine entscheidende Schwäche. Die Wirkung dieser Verbraucherschecks verpufft innerhalb kürzester Zeit. Sie haben mit nachhaltiger Wachstumsförderung „rein gar nichts zu tun“, wie auch SPD-Finanzminister Steinbrück einräumen muss. Und: Die Initiatoren müssen sich fragen lassen, ob ihre Idee nicht sogar kontraproduktiv ist, weil die Erwartung solcher Gutscheine viele Verbraucher im Weihnachtsgeschäft eher von Einkäufen abhält.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Ramsauer MdB
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Schule und Familie

Bessere Unterstützung für einkommensschwache Familien an SPD-Widerstand gescheitert

Mit einem Schulbedarfspaket in Form einer Barunterstützung von 100 Euro zum Schulstart werden künftig Kinder aus Familien unterstützt, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Dieses Angebot wollte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Zuge der parlamentarischen Beratungen auf Schüler über die zehnte Jahrgangsstufe hinaus sowie auf Schüler an berufsbildenden Schulen ausweiten. Diese Verbesserungen für einkommensschwache Familien sind jedoch am Widerstand der SPD gescheitert.

Gleiches gilt für den Vorstoß der Union für eine Steuerbefreiung von Arbeitgeberleistungen zur Kinderbetreuung von Kindern bis zum vollendeten 14. Lebensjahr. Bisher ist dieser Steuervorteil auf noch nicht schulpflichtige Kinder beschränkt. Auch dieser Verbesserung versagte sich die SPD, obwohl doch auch schulpflichtige Kinder noch Betreuung nach der Schule brauchen.

Eigentlich waren beide Vorschläge unter den Fraktionsspitzen der Großen Koalition bereits abgespro-

chen. Aber einmal mehr konnte die SPD-Fraktionsführung getroffene Abmachungen offenbar nicht in den



eigenen Reihen durchsetzen. Letztlich hat die SPD die geforderten Verbes-

serungen aus ideologischen Gründen an die Wand gefahren. Es bleibt also bei der Beschränkung der Unterstützungsangebote auf Schüler bis zum Abschluss der Jahrgangsstufe 10.

Unabhängig von diesem unrühmlichen Ausgang der Verhandlungen, den allein die SPD zu verantworten hat, werden sich CDU und CSU aber weiter offensiv für die Förderung von Familien einsetzen. Mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages sind zumindest wichtige Verbesserungen erreicht.

Diese Woche

Debatte zur Europapolitik

Elementare deutsche Wirtschaftsinteressen müssen gewahrt werden S. 1

Schule und Familie

Bessere Unterstützung für einkommensschwache Familien an SPD-Widerstand gescheitert S. 2

Einsatz für irakische Christen S. 3

Ehrenamt

Gravierendes Ärgernis für ehrenamtliche Rettungskräfte beseitigt S. 3

Bayerische Vertriebenen-Vertreter zu Gast bei der CSU-Landesgruppe S. 3

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Personalien

Wichtige Positionen neu besetzt

Albert Rupprecht ist in dieser Woche zum Vorsitzenden des Parlamentsgremiums zum Finanzmarktstabilisierungsfonds gewählt worden. Dr. Georg Nüßlein haben die CSU-Bundestagsabgeordneten zu ihrem neuen wirtschaftspolitischen Sprecher bestimmt.



Albert Rupprecht ist der Vertreter der CSU-Landesgruppe im Gremium zum Finanzmarktstabilisierungsfonds, dem insgesamt neun Parlamentarier aller

Fraktionen angehören. Das geheim tagende Gremium übt die parlamentarische Kontrolle über das 500 Mrd. Euro schwere Banken-Rettungspaket der Bundesregierung aus.

Das Gremium wird vom Bundesfinanzministerium informiert und hat das Recht, Vertreter des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung zu laden.

Darüber hinaus berät das Gremium grundsätzliche und strategische Fragen der Finanzmarktpolitik. Um dieser

hohen Verantwortung gerecht zu werden, wird das Gremium von nun an in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestags zusammenkommen.



Die CSU-Landesgruppe hat in ihrer jüngsten Sitzung **Dr. Georg Nüßlein** zum Vorsitzenden des Arbeitskreises „Wirtschaft, Technologie, Energie, Bildung/Forschung und Tourismus“ gewählt.

Dr. Nüsslein tritt damit die Nachfolge von Alexander Dobrindt an, der zum Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt worden war.

Einsatz für irakische Christen

Unter den Irak-Flüchtlings in den Nachbarländern der Region ist die Lage der irakischen Christen besonders prekär. Denn vielfach sind sie wegen ihrer Religionsangehörigkeit auch in den vorübergehenden Aufnahmeländern großen humanitären Nöten ausgesetzt.

Mitglieder der CSU-Landesgruppe sowie der Unionsfraktion haben deshalb schon seit über einem Jahr darauf gedrängt, ein sichtbares Zeichen zu setzen und im Rahmen einer EU-weiten Hilfsaktion einem Teil dieser Flüchtlinge in Deutschland eine neue Heimat zu geben. Die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern hat nunmehr die Weichen dafür gestellt, 2.500 Irak-Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen.

Ehrenamt

Gravierendes Ärgernis für ehrenamtliche Rettungskräfte beseitigt

Ehrenamtliches Engagement darf nicht nur in Sonntagsreden gewürdigt, sondern muss vor allem in der Praxis gefördert werden. Dies gilt etwa konkret für den Umgang mit der steuerlichen Behandlung von Aufwandsentschädigungen aus ehrenamtlicher Tätigkeit. So eindeutig hier manche gesetzliche Absicht auch formuliert sein mag. Umstrittene Bewertungs- und Abgrenzungsfragen führen in der Praxis der Finanzverwaltungen für die Betroffenen mitunter zu höchst ärgerlichen Regelungen.

Ein solches Ärgernis war die Unterscheidung der Finanzämter bei der steuerlichen Bewertung von Bereitschafts- und Einsatzzeiten ehrenamtlicher Rettungskräfte. Dies stieß bei den Betroffenen auf völliges Unverständnis, da in der Folge die entsprechende Aufwandspauschale nicht komplett steuerfrei gestellt wurde, sondern 20 Prozent pauschal als steuerpflichtig galten.

Diese ärgerliche und der ursprünglichen Gesetzesabsicht widersprechende Praxis wurde nunmehr auf besonderen Druck der CSU-Landesgruppe beendet. Die Finanzverwaltung hat jetzt entschieden, dass die Aufwandsentschädigungen ehrenamtlicher Rettungskräfte nicht mehr feinsinnig in solche aus Rettungseinsätzen und solche aus Bereitschaftszeiten aufgeteilt werden, sondern in vollem Umfang bis zu 2.100 Euro im Jahr steuerfrei bleiben. Für die Betroffenen ist dies ein erfreulicher Fortschritt, der den Gedanken der Gemeinnützigkeit stärkt und ohne den konsequenten Einsatz der CSU-Landesgruppe nicht erreicht worden wäre.



Hartmut Koschyk mit THW Einsatzhelfern

Bayerische Vertriebenen-Vertreter zu Gast bei der CSU-Landesgruppe

Führende Vertreter des Landesverbandes Bayern des Bundes der Vertriebenen waren in dieser Woche zu Gast bei der CSU-Landesgruppe. Im Rahmen eines dreitägigen Hauptstadt-Besuchsprogramms kamen die Repräsentanten der verschiedensten Landsmannschaften zu ausführlichen Gesprächen mit dem CSU-Landesgruppenvorsitzenden, Dr. Peter Ramsauer, dem Parlamentarischen Geschäftsführer, Hartmut Koschyk, und dem innenpolitischen Sprecher der CSU-Landesgruppe, Stephan Mayer, zusammen.

Anlässlich der in dieser Woche im Deutschen Bundestag beschlossenen Gründung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ erinnerten



beide Seiten an den langen und mühevollen Weg zur öffentlichen Anerkennung des Vertreibungsschicksals von Millionen Deutschen. Mit der Stiftungsgründung sei nunmehr mit Blick auf die Einrichtung eines „Sichtbaren Zeichens gegen Vertreibung“ ein entscheidender Schritt zur Rückkehr der deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Geschichte ins öffentliche Bewusstsein getan, wie Hartmut Koschyk betonte. Zugleich unterstrichen die vom Vorsitzenden des BdV-Landesverbandes, Landrat Christian Knauer, angeführten Repräsentanten der Landsmannschaften, dass es weiterhin großer Anstrengungen bedarf, die Erinnerung an das Vertreibungsschicksal vor allen in der jungen Generation wachzuhalten.